

## AUSWERTUNG

### Koalitionsvertrag NRW

*Berlin, 12. Juli 2022*

Am 15. Mai 2022 wurde in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Die regierende Koalition aus CDU und FDP verlor dabei ihre Mehrheit. Während die von Ministerpräsident Hendrik Wüst geführte CDU mit leichten Gewinnen erneut stärkste Partei wurde, halbierte sich das Ergebnis der FDP gegenüber 2017. (Endergebnis: CDU 35,7%, SPD 26,7%, Grüne 18,2%, FDP 5,9%, AfD 5,4%).

Nach der Wahl gingen CDU und die Grünen in gemeinsame Koalitionsgespräche und einigten sich auf einen Koalitionsvertrag. CDU und die Grünen werden nun zum ersten Mal in einer gemeinsamen Koalition in NRW regieren.

#### I. Neue Regierung

Hendrik Wüst wurde am 28. Juni erneut zum Ministerpräsidenten gewählt, einen Tag später erfolgte die Ernennung der Minister. Acht Minister und den Ministerpräsidenten stellt die CDU, vier die Grünen.

<b>Ministerpräsident</b>	Hendrik Wüst (CDU)
<b>Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie</b>	Mona Neubaur (Grüne) – stellvertretende Ministerpräsidentin
<b>Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr</b>	Oliver Krischer (Grüne)
<b>Ministerium für Inneres</b>	Herbert Reul (CDU)
<b>Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung</b>	Ina Scharrenbach (CDU)
<b>Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales</b>	Karl-Josef Laumann (CDU)
<b>Ministerium für Kultur und Wissenschaft</b>	Ina Brandes (CDU)



<b>Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz</b>	Silke Gorißen (CDU)
<b>Ministerium für Justiz</b>	Benjamin Limbach (Grüne)
<b>Ministerium für Schule und Bildung</b>	Dorothee Feller (CDU)
<b>Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration</b>	Josefine Paul (Grüne)
<b>Ministerium für Finanzen</b>	Marcus Optendrenk (CDU)
<b>Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien; Chef der Staatskanzlei</b>	Nathanael Liminski (CDU)

## II. Koalitionsvertrag

CDU und Grüne haben im „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen<sup>1</sup>“ ihre Ziele und Pläne für die Legislaturperiode definiert. Sie wollen in den nächsten fünf Jahren das „Industriepolitische Leitbild“ in NRW gemeinsam mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern in einem Zukunftsdialog entlang folgender Schlüsselthemen weiterentwickeln: digitale Infrastruktur, Innovations- und Forschungsförderung, Investitionsklima, Flächenentwicklung, Klima- und Umweltfreundlichkeit, Kreislaufwirtschaft und Transfer von Wissenschaftsfortschritt in Unternehmen.

In den nachfolgenden Abschnitten finden Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen der künftigen Regierung in NRW zu Themen, die aus Sicht der Internetwirtschaft von besonderer Relevanz sind. Weitere Details können Sie dem Koalitionsvertrag entnehmen.

### ▪ **Digitalisierung und digitale Souveränität**

Die Digitalisierung soll zum Wohle der Menschen in Nordrhein-Westfalen eingesetzt und die Chancen der Digitalisierung für die großen klimaschutzpolitischen und strukturpolitischen Herausforderungen genutzt werden. Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern dient als Handwerkszeug. Die Regierung will eine Digitalisierung ermöglichen, die Menschen in ihrer Rolle in der Gesellschaft stärkt.

Die digitale Transformation aller staatlichen Institutionen soll vorangetrieben und staatliche Dienstleistungen schnell und einfach verfügbar gemacht werden. Die

---

<sup>1</sup> [https://gruene-nrw.de/dateien/Zukunftsvertrag\\_CDUGRUeNE\\_Vorder-und-Rueckseite.pdf](https://gruene-nrw.de/dateien/Zukunftsvertrag_CDUGRUeNE_Vorder-und-Rueckseite.pdf)



Erreichung der digitalen Vorhaben und Ziele werden in einer Digitalagenda des Landes NRW fokussiert.

Die Koalitionäre legen großen Wert auf die digitale Souveränität des Landes Nordrhein-Westfalen. Zu den wesentlichen Maßnahmen gehören offene Standards und Schnittstellen bei öffentlichen IT-Projekten. Entwicklungsaufträge sollen möglichst als Open Source beauftragt werden.

#### Einschätzung:

Die Zielstellung der Digitalisierung, die sich die Landesregierung setzt zum Wohle von Klimaschutz und der Bürger:innen sowie für eine strukturpolitische Verbesserung ist positiv. Dabei ist entscheidend, dass die diversen Potentiale der Digitalisierung erkannt und rechtssicher nutzbar gemacht werden. Die Vorgänger-Regierung hat bereits erste Arbeiten vorgelegt, um die Potentiale der Digitalisierung zur Linderung der strukturpolitischen Entscheidungen der Vergangenheit zu nutzen. Diesen Grundlagenarbeiten sollten nun konkrete Maßnahmen folgen.

Die hier gewählten Ansätze zur digitalen Souveränität sind ebenfalls zu begrüßen. Die Open Source Forderung geht jedoch teilweise über die Positionen und Forderungen des eco hinaus. Hier sollte man auch Wirtschaftlichkeit im Blick behalten.

#### ▪ **Daten**

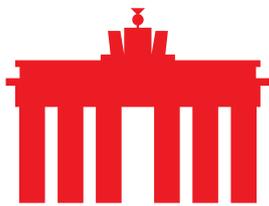
CDU und Grüne wollen eine Datenstrategie für Nordrhein-Westfalen erarbeiten. Ziel ist eine innovative und faire Datenökonomie sowie eine informierte Zivilgesellschaft. Zugang zu Daten sowie ihre Teilung und Nutzung sollen gefördert werden. Die Landesregierung will das Open Government fördern. Dabei soll der Grundsatz von Open Data im Mittelpunkt stehen, um vorhandene Datenschätze zu heben und über einen zentralen Datenraum zugänglich zu machen. Zudem soll auf Datensouveränität geachtet werden, um dem wichtigen Datenschutz gerecht zu werden und datengetriebene Geschäftsmodelle unter fairem Wettbewerb insbesondere zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen zu ermöglichen. Das europäische Datenrecht soll konsequent umgesetzt und in seinen Möglichkeiten genutzt sowie Anonymisierungs- und Pseudonymisierungsverfahren unterstützt werden.

Die Verwaltung wird eine Open-Data-Plattform einrichten. Open Data soll unter konsequenter Beachtung des Datenschutzes umgesetzt und unter enger Einbeziehung der Landesdatenschutzbeauftragten der Einsatz von Künstlicher Intelligenz mit öffentlichen Daten ermöglicht werden.

#### Einschätzung:

Die Pläne der Koalition in Bezug auf den Umgang mit Daten ist positiv zu bewerten.

Landeseigene Projekte sollten sich jedoch in die Vorhaben anderer Bundesländer, des Bundes und der EU einfügen. In diesem Zusammenhang ist auch die angestrebte konsequente Umsetzung des europäischen Datenrechts wichtig. Im



Bereich Datenschutz sollte sich für eine einheitliche Auslegung auf Bundesebene eingesetzt werden.

KMU können von den Breitgestellten Daten profitieren und mit ihren angebotenen Dienstleistungen ökonomische und gesellschaftliche Mehrwerte bieten.

#### ▪ **Digitaler Staat**

Die Chancen der Digitalisierung im staatlichen Handeln sollen stärker genutzt und noch schneller, noch effektiver und noch effizienter werden. Verwaltungsprozesse will die Landesregierung medienbruchfrei vollständig digitalisieren und nach Möglichkeit automatisieren. Die landesweite Umsetzung der eAkte und der eLaufmappe soll bis spätestens 2025 vollzogen werden. Neben technischen sollen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine vollständig digitalisierte Rechtssetzung geschaffen werden.

Die Landesregierung wird die digitale Identität der Bürger:innen gemeinsam mit der Europäischen Union und dem Bund weiterentwickeln, um damit Behördengänge überflüssig und digitale Leistungen einheitlich zugänglich zu machen. Das Onlinezugangsgesetz soll weiter umgesetzt werden. Um eine nachhaltige und umfassende Digitalisierung aller Verwaltungen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen, soll der Portalverbund zwischen Bund, Ländern und Kommunen ausbauen und mehr informationstechnische Systeme kooperativ und gemeinschaftlich genutzt werden. Über den Portalverbund wird den Kommunen die Nutzung zentraler Verwaltungsleistungen dauerhaft kostenfrei zur Verfügung gestellt.

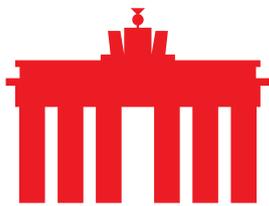
Bei der Erarbeitung und Implementierung von digitalen Verwaltungsleistungen ist immer auf Interoperabilität und offene Standards zu achten. Das E-Government-Gesetz und das Programm „Digitale Verwaltung NRW“ wird weiterentwickelt, um Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse sowie die elektronische Kommunikation weiter zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Start-ups und die regionale Wirtschaft sollen stärker in die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung eingebunden werden. Deshalb wird eine institutionalisierte Zusammenarbeit in Form einer GovTech-Akademie eingeführt. Außerdem soll ein Knoten in der Deutschen Verwaltungs- Cloud aufgebaut werden.

#### Einschätzung:

Die Einbindung der digitalen Wirtschaft, insbesondere von Start-ups, bei der Umsetzung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und bei der Umsetzung des OZG wird positiv gesehen. Es ist jedoch fraglich, inwiefern die weitere Digitalisierung des Verwaltungswesens voranschreitet, da für dieses Jahr ein Update des OZG („OZG 2.0“) erwartet wird und die gesetzten Ziele für das OZG bislang nicht erreicht werden konnten.

Die Betonung auf gemeinsamer Weiterentwicklung digitaler Identitäten mit Bund und EU wird ebenfalls unterstützt.



### ▪ **Digitale Infrastruktur**

Die Landesregierung will den Ausbau von schnellem Internet mit Glasfaser und 5G voranbringen, den marktwirtschaftlichen Ausbau erleichtern und die Finanzierung des geförderten Ausbaus sicherstellen. Ziel ist, im Laufe des Jahrzehnts ein flächendeckendes Glasfasernetz und ein flächendeckendes 5G-Netz zu erreichen. Förderlücken beim Betreibermodell sollen geschlossen werden. Beim 5G-Ausbau sollen gezielt auch die Bereiche angegangen werden, die bisher besonders problematisch in der Umsetzung sind, wie z. B. entlang von Landstraßen und Schienenwegen. Um eine bestmögliche Mobilfunkabdeckung zu erreichen, wird ein National Roaming unter Berücksichtigung fairer Entgelte für die ausbauenden Zukunftsvertrag für Unternehmen geprüft. Die Genehmigung und Errichtung neuer Leitungen und Masten sollen z. B. über standardisierte Musterverfahren und Genehmigungsfiktionen beschleunigt werden.

Die Mobilfunkkoordinatorinnen und -koordinatoren vor Ort werden langfristig gefördert. Gemeinsam mit den Kommunen will die Landesregierung daran arbeiten, dass kommunale Liegenschaften für den 5G-Ausbau stärker geöffnet werden. Der Aufbau von LoRaWAN- und OpenRAN-Netzwerken wird unterstützt. Außerdem wird die neue Landesregierung Testfelder für 6G und andere Zukunftsfunktechnologien eingerichtet. Die Ausstattung öffentlicher Einrichtungen mit freiem WLAN soll beschleunigt werden.

Die öffentlichen Rechenzentren des Landes soll zu einem starken, resilienten Rechenzentrumsverbund zusammengeführt werden.

#### Einschätzung:

Der Ansatz zum Ausbau der Infrastruktur ist grundsätzlich begrüßenswert. Im Koalitionsvertrag wird jedoch außer Acht gelassen, dass digitale Infrastruktur nicht nur Netze umfasst. In den Plänen von CDU und Grünen fehlen Ansätze zum Ausbau und der Ansiedlung großer effizienter und moderner Rechenzentren, auch um Anwendungen wie Industrie 4.0 mit der erforderlichen Konnektivität zu untermauern. Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren greift zentrale Forderung von eco und der Allianz zur Stärkung digitaler Infrastrukturen auf. Die Anstrengungen sollten sich jedoch nicht nur auf Verfahren zum Ausbau der Netzinfrastruktur fokussieren. Vielmehr sind sektorübergreifende Maßnahmen zur Straffung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren erforderlich, um den Grundstein für die notwendige ökologische Transformation der Wirtschaft zu legen.

### ▪ **Digitale Wirtschaft**

Die Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen sollen verbessert, Freiräume geschaffen und Förderstrukturen an die Anforderungen der Praxis angepasst werden. Die Regierung möchte ein optimales Gründungsklima schaffen und die



Start-up- und Innovationskultur zum Aushängeschild Nordrhein-Westfalens machen. Wir werden den Zugang zu Kapital für Start-ups über alle Förderphasen weiter verbessern und erleichtern den Zugang zu öffentlichen Fördermitteln, Zuschüssen und Aufträgen.

Die digitale Transformation der Wirtschaft wird die Regierung aktiv begleiten und gemeinsam mit den Kammern und Branchenverbänden und -initiativen eine Strategie für eine verbesserte Cybersicherheit und Resilienz in der Wirtschaft entwickeln. Das Programm „Mittelstand Innovativ & Digital“ (MID) wird fortgesetzt und um den Bereich Cybersicherheit erweitert, um insbesondere KMU sowie Handwerksbetriebe zu unterstützen. Die bestehenden Dialoge und Programme für Industrie 4.0 werden fortgesetzt und bedarfsgerecht weiterentwickelt.

#### Einschätzung:

Die Pläne der Landesregierung für die Digitalwirtschaft werden begrüßt. Ein optimales Gründungsklima erfordert aus Sicht des eco neben Kapitalzugang insbesondere Bürokratieabbau.

Dass die Landesregierung die Herausforderungen des Mittelstands bei der Bewältigung von Cyberrisiken und damit einhergehenden Beratungsbedarf anerkennt, wertet eco positiv. Bei der Entwicklung möglicher Abhilfe- und Fördermaßnahmen zu Fragen der digitalen Transformation, Cybersicherheit etc. sollte darauf geachtet werden, dass der Mittelstand vom zunehmendem Fachkräftemangel besonders betroffen ist – auch weil die Personalstruktur granularer ist.

#### ▪ **IT-Sicherheit**

Die Landesregierung sieht durch die rasant fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche auch Risiken. Es könne in qualitativer und quantitativer Hinsicht eine Zunahme von Angriffen ausländischer Staaten, und nicht-staatlicher Cyberkrimineller beobachtet werden, von der Wirtschaftsspionage über den Datenmissbrauch bis zu Attacken auf kritische Infrastrukturen. Alle staatlichen Strukturen und Sektoren kritischer Infrastrukturen sollten so resilient gegen alle Formen der Cyberangriffe sein, dass ihre Funktionsfähigkeit in Krisen gewährleistet ist. Dazu gehört die Ausfallsicherheit der Landesverwaltung, u. a. durch Redundanz. Die Landesregierung will insbesondere die Kommunen stärker in den Blick nehmen und ihnen noch bessere Hilfs- und Kooperationsangebote unterbreiten.

Die Regierung stellt ein umfassendes Konzept für IT-Sicherheit im ganzen Land auf. Sie will gewährleisten, dass die digitalen Verwaltungssysteme sicher und stabil laufen und fördert hierzu den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Fachorganisationen und relevanten Akteuren. Ausfallzeiten im Fall von Cyberangriffen sollen reduziert dafür entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.



Die Regierung will ihren Beitrag zur Stärkung der Akteure auf dem Gebiet der Cybersicherheit leisten und sie noch besser zu einem starken Cybernetzwerk für Nordrhein-Westfalen zusammenführen. Hierzu wird die Koordinierungsstelle Cybersicherheit der Landesregierung weiterentwickelt und die Cybersicherheitsstrategie des Landes kontinuierlich fortgeschrieben. Die justizielle Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen und das Cybercrime-Kompetenzzentrum beim nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt wird weiter verstärkt, sie zu bundesweit führenden Kompetenz- und Forschungszentren der Cybercrimebekämpfung ausgebaut und ihre Zusammenarbeit noch effizienter gestaltet werden.

#### Einschätzung:

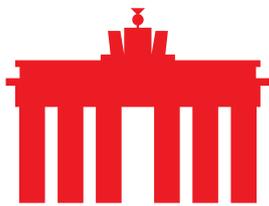
Die Pläne der neuen Landesregierung im Bereich der IT-Sicherheit decken sich mit der Forderung von eco. eco begrüßt, dass die neue Regierung auch weiterhin ihre Ressourcen und Personal für die tatsächliche Bekämpfung von Cybercrime einsetzen will. Die Stärkung bestehender und erfolgreich betriebener Strukturen wie der Zentralen Ansprechstelle Cybercrime sind hierfür ein guter Ansatz. Auch im Bereich der IT-Sicherheit sieht eco positive Ansätze in der Stärkung der Resilienz digitaler Infrastrukturen durch mehr Redundanz.

#### ▪ **Innere Sicherheit und Strafverfolgung im Netz**

Die Digitalisierung der Polizeiarbeit bleibt für die Landesregierung eine bedeutende Zukunftsaufgabe. Um Verbrechen erfolgreich aufzuklären, hält die Regierung eine bessere technische Ausstattung der Polizist:innen für notwendig. Die digitale Ausstattung der Polizei soll unter Berücksichtigung des Datenschutzes und der IT-Sicherheit daher weiter vorangetrieben und die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden. Bestehende Softwarelücken, die eine Infiltration von Geräten ermöglichen, stellen für die Landesregierung ein großes Sicherheitsrisiko für Bürger:innen, Wirtschaft sowie die öffentliche Verwaltung dar. Die Koalition will sich daher im Interesse aller und in engem Austausch mit den Herstellern dafür einsetzen, diese Lücken bestmöglich zu schließen, und sieht von deren Nutzung ab. Sie wird die Chancen und Risiken von Datenverknüpfungen fortlaufend mit Blick auf Grundrechtseingriffe und Verhältnismäßigkeit überprüfen.

Die neue Regierung wird den Einsatz von KI zur Sichtung und Priorisierung von Missbrauchsabbildungen im Kampf gegen Sexualstraftaten gegen Kinder und Jugendliche im Rahmen der Ermittlungsarbeit forcieren. Dabei sollen Datenschutz und Datensicherheit berücksichtigt werden.

Die Modernisierung und die Digitalisierung der Justiz sollen mit der Einführung der elektronischen Akte und des elektronischen Rechtsverkehrs – auch in seiner europäischen Dimension – mit Nachdruck vorangetrieben werden. Die Möglichkeiten und Chancen von KI werden bei der Entwicklung der Justiz und ihrer IT unter Wahrung von Datenschutz und Datensicherheit mitgedacht. Dazu will sich die Regierung mit den ethischen und juristischen Grenzen und Risiken von KI in der



Justiz befassen. Die Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden sowie der Ausbau der Digitalisierung bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den zuständigen EU-Agenturen soll verstärkt werden.

Einschätzung:

eco sieht die Vorschläge zur Videoüberwachung kritisch, hier bleibt zu klären, welche weiteren Technologien zum Einsatz kommen. Den Passus zur CSAM-Detektion wird ebenfalls kritisch gesehen, zumal an dieser Stelle keine Einschränkungen bezüglich des Schutzes personenbezogener Daten und vertraulicher Kommunikation getroffen wurden. Hier könnte das Risiko einer Internetfilterung gegeben sein, was eco ablehnt. Eine bessere technische und personelle Ausstattung von Strafermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden bei der Ermittlung strafrechtlich relevanter Inhalte greift eine zentrale Forderung von eco auf.

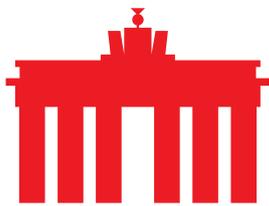
▪ **Digitalisierung Nachhaltigkeit // Green IT**

Die Schwarz-Grüne Koalition will dafür sorgen, dass Digitalisierung zum Klimaschutz beiträgt. Deshalb wird sie im Dialog eine Green-IT-Strategie für die Landeseinrichtungen mit Maßnahmen für den nachhaltigen Einsatz von Informationstechnik erarbeiten. Dazu gehört, dass neue Rechenzentren ab 2027 klimaneutral betrieben werden und alle Rechenzentren ab 2025 ein Umweltmanagementsystem einführen müssen. Bei neuen IT-Beschaffungen sollen Zertifizierungen wie z. B. der Blaue Engel zum Standard gemacht und sichergestellt werden, dass Ersatzteile und Softwareupdates für IT-Geräte für die übliche Nutzungsdauer verfügbar sind.

Einschätzung:

Mit klimaneutralen Rechenzentrumsbetrieb ab 2027 wird das Ziel des Koalitionsvertrages auf Bundesebene aufgegriffen und bestätigt. Dies ist positiv, da die Betreiber von Rechenzentren mit Standorten in NRW Planungssicherheit erhalten. Kritisch wertet eco, dass der Blaue Engel zum Standard erklärt werden soll. Viele Diskussionen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass das Niveau des Blauen Engel für privatbetriebene Rechenzentren nicht realistisch ist. Um Interessenausgleich zu schaffen, sollten weitere Gütesigel z.B. Anstrengungen des Climate Neutral Data Centre Pact ebenso berücksichtigt und anerkannt werden.

Die Green-IT-Strategie für Landeseinrichtungen ist grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch sollte sich die Strategie an Bundesvorgaben, wie den allgemeinen Verwaltungsvorschriften Klima orientieren. Eine Diversifizierung auf Landesebene würde dem bundesrechtlichen "level playing field" unterlaufen.



#### ▪ **Klimaschutz/Nachhaltigkeit und Energie**

NRW soll zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas werden. Dazu sollen Wirtschaftspolitik und Klimaschutz zusammen gedacht werden.

Entlang des 1,5-Grad-Ziels soll Klimaneutralität mit Netto-Null-Emission in Nordrhein-Westfalen erreicht werden. Die wichtigste Maßnahme zur Erreichung von Energiesouveränität und Sicherung der bezahlbaren Energieversorgung bleibt der stark beschleunigte Ausbau Erneuerbarer Energien.

Die Regierung unterstützt hierbei eine stärker integrierte und vorausschauende Bedarfsermittlung über alle Sektoren und Netzebenen und die Entwicklung eines landeseigenen Konzeptes gemeinsam mit den wichtigsten Netzbetreibern im Land. Entscheidend ist für die Landesregierung auch hier eine fortlaufende Arbeit an der Verfahrensbeschleunigung im Bereich der Energieinfrastruktur, insbesondere die weitergehende Digitalisierung von Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren.

Die Koalition wird eine Digitalisierungsoffensive für die Energiewende starten, insbesondere um die Nutzung von Smart Grids und Smart Meter zur digitalen Steuerung des Netzes auszubauen. Dabei müssen IT- und Datensicherheit ein Grundpfeiler zum Schutz dieser kritischen Infrastruktur sein. Konkret will die Regierung beispielsweise mithilfe von Digitalisierung Verbraucher zu „Prosumern“ machen, die Erzeuger und Nutzer gleichzeitig sind. Um diese Ziele erreichen zu können, wird NRW eine Ausbauoffensive starten.

Die „Nachhaltigkeitsstrategie NRW“ wird die neue Regierung fortschreiben und ressortübergreifend umsetzen. Bis 2030 soll eine nachhaltige Landesverwaltung erreicht werden. Bei Gesetzentwürfen wird ein verpflichtender Nachhaltigkeits-Check eingeführt.

#### Einschätzung:

Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren wird positiv gesehen und ist eine zentrale Forderung des eco. Die Digitalisierung wird Baustein zur Finalisierung der Energiewende sein, denn erst mithilfe digitaler Lösungen kann ein hohes Niveau der Versorgungssicherheit in Zeiten zunehmend fluktuierender Einspeisequelle sichergestellt werden.

eco unterstützt die Weiterentwicklung der energierechtlichen Vorgaben auf Basis der Digitalisierung, z.B. flexible Tarife und Prosumer-Vorhaben. Themenkomplexe sollten wegen der Zuständigkeiten auch auf Bundesebene proaktiv vorangetrieben werden.

#### ▪ **Bürokratieabbau**

Unternehmen und Beschäftigte sollen aktiv durch kluge und fokussierte staatliche Rahmensetzung unterstützt werden. Durch einen konsequenten Bürokratieabbau will die neue Landesregierung die Standortbedingungen für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen verbessern. Dazu wird in den Ministerien einen



Veränderungsprozess etabliert, der eine Erfolgs- und Umsetzungskontrolle ermöglicht. Auf nationaler Ebene setzt sich die Schwarz-Grüne Regierung grundsätzlich für eine 1:1-Umsetzung europäischer Regelungen in nationales Recht ein.

Das „Wirtschafts-Service-Portal.NRW“ (WSP) wird als das zentrale digitale Zugangstor für die Wirtschaft ausreichend finanziert und weiter ausgebaut, um weitere Verwaltungsleistungen einzubeziehen und das sogenannte Once-Only-Prinzip Schritt für Schritt umzusetzen.

Die Landesregierung arbeitet darauf hin, die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu halbieren. Dafür will sie einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf Landesebene auf Hindernisse überprüfen und eine Vereinfachung anstreben. Ermessensspielräume der EU- und Bundesgesetzgebung werden im Sinne schnellerer Genehmigungsverfahren genutzt. Gemeinsam mit dem Bund setzt sich die NRW-Regierung für eine Digitalisierungsoffensive für Planung und Genehmigung ein. Dazu gehört vor allem die konsequente Digitalisierung von Genehmigungsprozessen auf allen Ebenen.

#### Einschätzung:

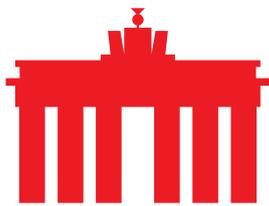
eco begrüßt die Bemühungen des Landes NRW zum Abbau von Bürokratie. Die hier vorgeschlagenen Projekte wie das Wirtschafts-Service-Portal.NRW können gerade jungen und kleinen Unternehmen helfen. Die Etablierung des Once-Only-Prinzips hilft dabei, Berichtspflichten abzubauen und erspart Unternehmen redundante Berichtspflichten. Das Bestreben, europäische Vorgaben möglichst genau umzusetzen und auf nationale oder länderspezifische Alleingänge zu verzichten ist gerade für die Internetwirtschaft, die sich an einem europäischen digitalen Binnenmarkt orientiert, hilfreich und begrüßenswert. Die Verkürzung von Genehmigungsverfahren sieht eco gerade vor der dynamischen Entwicklung der Rechenzentrumslandschaft in Deutschland positiv.

Zur Entbürokratisierung von Verwaltungsprozessen fordert die Wirtschaft immer häufiger die konsequente Anwendung des „one in two out“-Prinzips bei der Entwicklung von Rechtsrahmen. eco setzt sich dafür ein, dass bestehende Vorgaben hinsichtlich dieser Forderung evaluiert und ggf. überarbeitet werden.

#### ▪ **(Weiter-)Bildung und Arbeit**

Digitales Lernen soll genutzt werden, um Unterrichtsentwicklung und Lernprozesse zu verbessern. Die neue Landesregierung in NRW will die MINT-Fächer stärken und den MINT-Bereich in Kooperation mit externen Partnern weiterentwickeln. Des Weiteren möchte die neue Regierung Frauen Mut machen, Existenzgründungen zu wagen und Berufsbereiche zu wählen, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind (z. B. MINT).

Um den Fachkräftemangel im IT-Bereich zügig zu mildern, soll auf einen Mix aus professionellen praktischen und theoretischen Weiterbildungsangeboten gesetzt werden.



Die Koalition will einen Aktionsplan gegen Desinformation schaffen. Die Stärkung der Medien- und Nachrichtenkompetenz der Menschen ist ein wichtiger Schutzschild gegen Desinformation und Propaganda. Daher prüft sie weiter geeignete Maßnahmen, um gegen Desinformationen vorzugehen. Dabei soll die Grenzen überschreitende Zusammenarbeit der relevanten Akteure unterstützt werden. Die Landesregierung rückt den digitalen Kinder- und Jugendmedienschutz weiter in den Fokus. So sollen Werkzeuge gegen Cybergrooming geprüft und weitere Ansprechpartner:innen sowie Initiativen für den Jugendschutz im Netz unterstützt werden. Die digitale Fortbildungsinitiative wird fortgesetzt und weiterentwickelt.

Die Medien- und Nachrichtenkompetenz aller Menschen in Nordrhein-Westfalen soll gesteigert werden. Der ganzheitliche und systematisierte Ansatz im Bereich Medienkompetenzförderung wird daher geschärft. Gemeinsam mit wichtigen Akteuren wie der Landesmedienanstalt werden die vielfältigen Initiativen für mehr Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, auch im Sinne der Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe gestärkt und vernetzt. Ein Leuchtturmprojekt in diesem Feld ist der „#DigitalcheckNRW“.

#### Einschätzung:

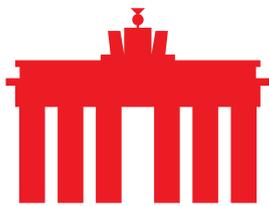
eco begrüßt die sehr umfangreichen Überlegungen der neuen Landesregierung zur Stärkung der digitalen Bildung. Der Ausbau von Konzepten des digitalen Lernens ist Grundstein für den Umgang mit digitalen Tools und wird vollumfänglich von eco unterstützt. Auch der Weiterbildungsmix zur Bekämpfung des Fachkräftemangel im IT-Bereich ist positiv. Neben einer Stärkung der Berufsausbildung in den Berufsfeldern, kommt es darauf an, vorhandene Arbeitnehmer:innen entsprechend aus- und weiterzubilden.

Die Stärkung der Medien- und Nachrichtenkompetenz aller Menschen sowie der Aktionsplan gegen Desinformationen sind ebenfalls positive Vorhaben, jedoch dürfen Maßnahmen nicht zu mehr Regulierung privater digitaler Plattformen führen. Mit dem DSA ist auf EU-Ebene ein geeignetes Tool geschaffen worden. Dieses sollte zunächst umgesetzt und nicht durch Landesrecht weiter ausdiversifiziert werden.

#### ▪ **Mobilität**

Nordrhein-Westfalen soll Vorreiter der Mobilität 4.0 bleiben. Im Sinne der Nutzerfreundlichkeit, des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit wird auch in Zukunft in Forschung und Entwicklung investiert und die Chancen der Digitalisierung und der Vernetzung von Mobilitätsangeboten genutzt. Zudem wird sich die Schwarz-Grüne Koalition dafür einsetzen, Bundeseinrichtungen mit dem Schwerpunkt auf der Mobilität 4.0 nach Nordrhein-Westfalen zu holen.

Die „mobil.nrw-App“ wird gemeinsam mit den Aufgabenträgern zum verkehrsträgerübergreifenden Planen, Buchen und Bezahlen auf einer landesweiten Mobilitätsplattform mit Echtzeitinformationen ausgebaut. Die Plattform soll auch anderen Apps zur Verfügung stehen.



Ziel ist die konsequente Digitalisierung und Vernetzung der Mobilität. Dazu will die Regierung das Umsetzungsprogramm „Mobility as a Service“ (MaaS NRW) gemeinsam mit allen Mobilitätsanbietern in Nordrhein-Westfalen fortsetzen und weiter fördern. Die diskriminierungsfreie Zugänglichkeit und gebündelte Bereitstellung von Mobilitätsdaten soll sichergestellt und dies über einen Zentralen Mobilitätsdatenzugang ermöglicht werden. Der Koalition ist dabei besonders wichtig, dass Mobilitätsanbieter ihre Daten über die Schnittstellen des Zentralen Mobilitätsdatenzugangs flächendeckend verfügbar machen. Verkehr soll durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Mobilitätssektor besser fließen.

#### Einschätzung:

Mobilität ganzheitlich und vernetzt zu begreifen ist insbesondere aus ökologischer Perspektive nachvollziehbar und wird positiv bewertet. Die Digitalisierung im Bereich von Mobilitätsdiensten und -lösungen kann hier Enabler für eine neue Form und die Zukunft der Mobilität werden. Die Verfügbarkeit von Mobilitätsdaten ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

### **III. Einschätzung und Bewertung**

Mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag setzen sich CDU und die Grünen konkrete Ziele für ihr Handeln in NRW in den nächsten fünf Jahren. Insgesamt werden die Pläne und Ziele der neuen Landesregierung als positiv bewertet. Aus Sicht der Internetwirtschaft werden mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag zahlreiche digitalpolitische Vorhaben aufgegriffen, die zu nachhaltigen Fortschritten der Digitalisierung beitragen können. CDU und Grüne greifen auch einige zentrale Forderungen des eco auf, insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung und bei den Themen der digitalen Infrastrukturen sowie Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Auch die Zusage, Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen, wird begrüßt.

Allerdings werden ein paar Ansätze der neuen Koalition auch kritisch betrachtet. Ausschlaggebend wird sein, dass sich die Pläne der neuen Landesregierung in NRW in die regulatorischen Vorhaben auf Bundes- und EU-Ebene einfügen.

---

**Über eco:** Mit über 1.100 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, formt Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Leitthemen sind Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie Ethik und Selbstregulierung. Deshalb setzt sich eco für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein.